

I. Gutachten

Schulausschuss

Sitzungsdatum 16.04.2010

öffentlich

Betreff:

Weiterentwicklung der Ganztagsangebote in Nürnberg
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.02.10 zu Tz. 6 des Berichtes (FAGplus15)

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig
 angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
 abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird ermächtigt, Anträge für Ganztagschulen und Mittagsbetreuungen in folgendem Rahmen zu stellen und damit entsprechende Verpflichtungen einzugehen:

- bis zu 210 Gruppen der Mittagsbetreuung an öffentlichen Grundschulen und Förderzentren (Ist 2009/10: 189 Gruppen),
- bis zu 80 Gruppen der offenen Ganztagschule an städtischen und staatlichen Schulen (Ist 2009/10: 69 Gruppen)
- bis zu 10 Züge gebundene Ganztagsgrundschulen (Ist 2009/10: 3 Züge)
- bis zu 20 Züge gebundene Ganztags Hauptschule (Ist 2009/10: 14 Züge)
- bis zu 4 Züge gebundener Ganztags an Förderzentren (Ist 2009/10: 1 Zug)
- bis zu 16 Klassen gebundene Ganztagschule an staatlichen Gymnasien oder Realschulen (Ist 2009/10: 9 Klassen)
- zusätzlicher Sachaufwand für die beantragten Ganztagsgruppen bzw. Ganztagsklassen.

Die Verwaltung wird ermächtigt in diesem Rahmen zwischen den unterschiedlichen Schultypen und offenen und gebundenen Ganztagsangeboten zu verschieben (gegenseitige Deckungsfähigkeit). Hierbei ist jeweils das Einvernehmen mit dem Finanzreferat herzustellen. Soweit der Geschäftsbereich des Referates V tangiert ist, werden die Vorgänge entsprechend abgestimmt.

Die Klassen der städtischen Schulen in gebundener Ganztagsform (z. Zt. SG, AKR, geplant PVS) werden gemäß gesonderter Beschlüsse gebildet. Dabei ist von der Fortführung der bisherigen Ausstattungsstandards auszugehen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die dazu möglichen staatlichen Zuschüsse zu beantragen und die jeweils im Haushalt verankerten Personalressourcen als Deckung des städtischen Eigenanteils anzugeben.

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Mittel für den Haushalt anzumelden

Die Stadt Nürnberg erwartet bei den landesweiten Revisionsverhandlungen zum Bildungsgipfel eine Verbesserung der qualitativen Ausstattung (insbesondere bei den Betreuungsangeboten der Grundschulen) und eine Verringerung des kommunalen Anteils an den Kosten.

In der gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses sollen die Fragen der Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe bei der Schülerbetreuung diskutiert werden.

II. **3. BM**

III. **Abdruck an:**

Ref. I/OrgA

Ref. II/Stk

BgA

Stadtratsfraktionen

SchA

staatl. SchA

Vorsitzende(r):

i. V.

Referent(in):

Schriftführer(in):

Dr. Klemens Gsell

Dr. Klemens Gsell

Marina Weber